

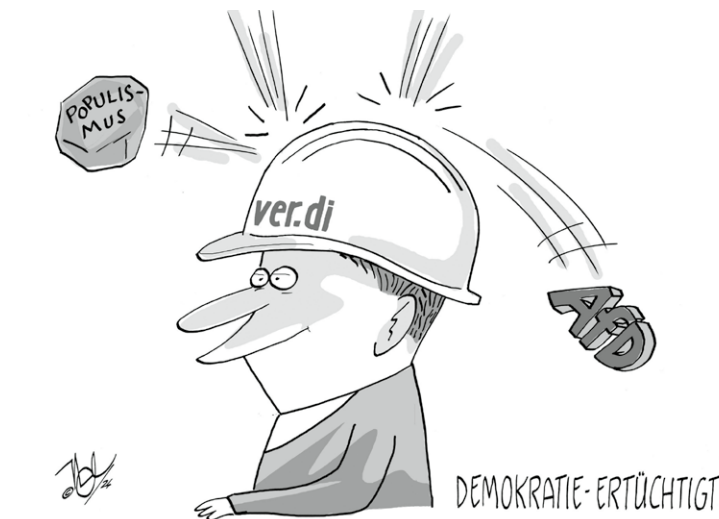
Es reicht

KAMPAGNE – *ver.di macht sich stark für gesellschaftlichen Zusammenhalt*

Der Gewerkschaftsrat (GR) von ver.di setzte bei seiner Sitzung Ende März ein deutliches Signal: „Wir sagen zusammen Halt“ stand auf den Schildern, mit denen die Mitglieder des höchsten ver.di-Gremiums zwischen den Kongressen ihre Botschaft klar und deutlich machten. „Wir sagen Halt gegen das Frauenbild der AfD“, sagte die GR-Vorsitzende Lisette Hörig. „Protest wählen ist keine Lösung, weil darüber keine Politik stattfinden wird“, sagte Hans-Jürgen Immerthal mit Blick auf die in diesem Jahr anstehenden Wahlen. Und Thies Hansen ergänzte: „Wir sagen Halt, weil wir zusammenstehen müssen gegen demokratiefeindliche Tendenzen in unseren Betrieben und in der Gesellschaft.“

Was steckt dahinter? Den Gewerkschafter*innen reicht es. Die aktuelle Stimmung in Deutschland können sie oft kaum aushalten. Sie wollen zunehmende Diskriminierung und das um sich greifende rechte Gedankengut stoppen. Nicht nur als Gewerkschaftsrat, sondern mit ver.di als mitgliederstarke Organisation: „Deswegen sind wir gemeinsam stark und sagen zusammen Halt! Für eine tolerante, bunte Gesellschaft“, wie es in einem Aufruf heißt. In den kommenden Wochen und Monaten macht ganz ver.di für dieses Motto mobil.

Klar ist allen Gewerkschafter*innen, dass eine rechte Partei mit radikalen Ansichten nicht die politischen Reformen bringen wird, die nötig sind, damit es den Menschen besser geht. Nur in einer vielfälti-



gen Gesellschaft mit demokratischen Werten gibt es die Chance auf bessere Arbeitsbedingungen, eine gerechte Verteilung von Vermögen und gleiche Rechte für alle. Daher hält ver.di zu allen Menschen – und sagt zusammen Halt: Zur AfD. Zu „Remigration“ und zu „Ausländer raus!“. Zu geschlossenen Grenzen, zu einer Spaltung Europas. Und zu Hass und Hetze.

Viele Menschen sind enttäuscht von der Politik, wütend auf das System und unsicher, wie das alles auch für sie persönlich weitergehen soll. Diese Unsicherheit greift bis ins Privatleben. Diskussionen werden hitziger, Spannungen zwischen verschiedenen Interessensgruppen nehmen zu. Das erleben auch Gewerkschafter*innen. Dabei lehnt ver.di Veränderungen in der aktuellen Politik nicht ab: „Nur wenn sich etwas ändert, kann es besser wer-

den – das wissen wir als Gewerkschaft nur zu gut, denn so erkämpfen wir mit unserer Tarifpolitik und politischem Druck immer wieder bessere Bedingungen im Arbeitsleben und der Sozialpolitik.“

Da rechte Parolen auch vor Betrieben nicht Halt machen, setzt ver.di auf das Erfolgsrezept, „sich gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen stark zu machen“. Denn Untersuchungen zeigen, wer Solidarität und Selbstwirksamkeit erlebt, ist deutlich weniger anfällig für rechtsextremes Gedankengut. „Egal, wie gut die AfD bei den Wahlen abschneidet. Davon dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Gemeinsam können wir etwas bewegen. Und zwar vor allem in den Betrieben“, sagt Pflegeazubi Tim Germann. *Heike Langenberg*

[verdi.de/zusammen-halt](https://www.verdi.de/zusammen-halt)

EINE NEUE...

... Grundsicherung soll nach Plänen des CDU-Bundesvorstands das Bürgergeld ersetzen. In erster Linie verbergen sich dahinter Sanktionsregelungen, die als „Mittel der Akzeptanz“ bezeichnet werden. Zudem ist von Schmarotzern die Rede, von Totalverweirern, von einem groß angelegten Sozialleistungsmisbrauch. „Menschenverachtend und verfassungswidrig“ ist die Beurteilung von ver.di dazu. Denn es ist sogar die Rede davon, die Zahlungen komplett und dauerhaft zu kürzen, wenn es zur Verletzung von Mitwirkungspflichten komme. Es ist eine Hetzjagd, die die Christlich Demokratische Union da starten will.

t1p.de/BEA-Erklärungen

Prioritäten

„Die drei Auszubildenden erhielten von unserem Personalleiter eine mündliche Ermahnung, da sie dennoch an dem Warnstreik teilgenommen haben.“

Die Pressestelle des Oberhausener Nahverkehrsunternehmens Stoag laut NRZ über drei Azubis, die gestreikt haben statt zur Berufsschule zu gehen

UMFRAGE

Wenig Vertrauen

Starke finanzielle Belastungen wirken sich aus

SEITE 2

PFLERGE

Abkehr vom Kommerz

Europäische Gewerkschaften demonstrieren in Brüssel

SEITE 3

LUFTSICHERHEIT

Empfehlung der Schlichter

Kommission stimmt dem Vorschlag einstimmig zu

SEITE 4

ZARA

Verstöße gegen Datenschutz

Bei Filialschließung wird Mitbestimmung blockiert

SEITE 5

LIDL

Nachfragen unerwünscht

Betriebsrat aus Herne bleibt oft nur der Gang vors Arbeitsgericht

SEITE 6

MIGRATION

Politik mitgestalten

Motor für Vielfalt und Dynamik auf dem Arbeitsmarkt

SEITE 7



Qualifizierungsgeld

(red.) Seit dem 1. April gibt es das Qualifizierungsgeld. Anspruch darauf haben Beschäftigte, deren Arbeitsplatz durch die Transformation wegfallen könnte. Durch die Weiterbildungen sollen sie eine zukunftssichere Beschäftigung im gleichen Unternehmen ausüben können. Der DGB hat auf der Website [dgb.de/-/8se](https://www.dgb.de/-/8se) die wichtigsten Fragen und Antworten zu diesem Thema zusammengefasst. ver.di bietet mit [mendi.net](https://www.mendi.net) ein Netzwerk für Weiterbildungsmentor*innen an. Sie arbeiten eng mit dem jeweiligen Betriebs- oder Personalrat zusammen und tragen dazu bei, die Weiterbildungskultur in einem Betrieb zu fördern. Mehr Infos dazu unter [verdi-mendi.net](https://www.verdi-mendi.net). Das Qualifizierungsgeld wird unabhängig von Alter, Qualifikation oder Betriebsgröße gezahlt. Wenn mindestens 20 Prozent der Beschäftigten im Betrieb einen Qualifizierungsbedarf haben, dessen Ursache im Strukturwandel liegt, haben sie unter bestimmten Bedingungen einen Anspruch auf Entgeltersatz von 60 Prozent (Kinderlose) bzw. 67 Prozent während der Weiterbildung. In Betrieben mit weniger als 250 Beschäftigten reichen 10 Prozent der Beschäftigten. Betriebs- und Personalräte sollten sich frühzeitig Gedanken darüber machen, welche Auswirkungen die Transformation auf die Arbeitsplätze haben könnte und proaktiv beim Arbeitgeber entsprechende Maßnahmen einfordern.

Wenig Vertrauen

UMFRAGE – Starke finanzielle Belastungen wirken sich aus

(pm) Nach knapp vier Jahren Krisensituation sind Erfahrungen und Stimmungen unter den Erwerbspersonen in Deutschland stark gemischt. Das ergibt sich aus der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung vom November 2023. Mehr als ein Viertel der befragten Erwerbstätigen und Arbeitssuchenden berichtete von starken finanziellen Belastungen.

Antidemokratische Kräfte finden Zuspruch

60 Prozent aller Befragten äußerten geringes oder gar kein Vertrauen in die Bundesregierung. Bei einer relevanten Gruppe besteht ein erheblicher Zuspruch zu antidemokratischen Kräften. Andererseits zeigten sich aber auch Stabilisierungstendenzen beim Vertrauen in andere staatliche und gesellschaftliche Institutionen und oft eine etwas günstigere Einschätzung der eigenen Gesamtsituation als während der Corona-Krise und kurz

nach dem russischen Überfall auf die Ukraine.

Der vertiefte Blick auf in der Befragung geäußerte negative Weltansichten zeigt, dass sie sich bei einem Teil der Befragten zu verfestigen und ein Stück weit zu verselbstständigenden scheinen. Das ergibt sich beim Vergleich von Personen in vergleichbarer wirtschaftlicher Lage, differenziert nach politischen Präferenzen: Während AfD-Wähler*innen eine besonders ausgeprägte Verunsicherung und starke Sorgen zu Protokoll geben, äußern sich Wähler*innen anderer Parteien auch bei ähnlicher finanzieller Situation im Mittel deutlich seltener besorgt. Sehr groß sind auch die Unterschiede bei der Haltung zu Menschen, die vor dem Ukraine-Krieg geflohen sind: Im November 2023 gaben beispielsweise lediglich 42 Prozent der Befragten mit Präferenz für die AfD an, das Schicksal der Geflüchteten bewege sie. Unter den Befragten, die andere Parteien wählen wol-

len, äußerten hingegen 79 Prozent Mitgefühl.

„Die aktuelle Erhebung der Erwerbspersonenbefragung zeigt eine von multiplen Krisen verunsicherte, aber nicht erschütterte Gesellschaft“, fasste die wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der HBS, Bettina Kohlrausch, das Bild zusammen. Die beobachtete Verunsicherung resultiere aus den großen finanziellen Belastungen durch die hohe Inflation 2022/2023, die vor allem die unteren Einkommensgruppen stark getroffen haben – auch wenn die Teuerungsrate mittlerweile deutlich gesunken sei. Aus diesen Belastungen und den Sorgen, die damit einhergehen, speise sich auch zu einem beträchtlichen Teil das nur noch geringe Vertrauen in die Bundesregierung und die Zustimmung zur AfD, die unter Erwerbspersonen zwischen den Befragungswellen im Juli und November 2023 erneut gestiegen war.

D I E P R E S S E - S H O W

„Die verführten Gewerkschaftsmitglieder werden wir verschonen, aber die Spitze wird daran glauben müssen. Genug ist genug, in Ihrem Fall schon zu viel. Fordern Sie Polizeischutz, irgendwann werden wir sie trotzdem alle kriegen.“ Puh, das anonyme Schreiben, das der ver.di-Verhandlungsführer bei der Luft hansa, Marvin Reschinsky, erhalten hat und aus dem das *Westfalen-Blatt* am 4. April zitiert, ist heftig. Morddrohungen sind im Zeitalter der (A)Sozialen Medien leider nahezu alltäglich geworden. Ihre Masse macht sie aber deswegen nicht weniger beängstigend.

„Dieser Mann muss hart im Nehmen sein“, schreibt das *Westfalen-Blatt* über Reschinsky. Der sagt, „er versuche solche Morddrohungen nicht allzu nah an sich heranzulassen“. Und: „Schließlich habe ich in meiner Rolle als Verhandlungsführer einen Job zu erledigen und das ist die konsequente Interessenvertretung unserer Mitglieder.“ Weiter heißt es: „Im Tarifstreit mit der mächtigen Airline

habe es nicht nur Hunderte persönliche Angriffe gegeben (hauptsächlich im Internet), auch die Verdi-Büros seien Ziel von Attacken gewesen.“ Das muss man erst mal aushalten können.

19 000 Unterschriften

Von einem anderen mutigen Kampf berichtet die *Stuttgarter Zeitung* einen Tag später. Es geht um ver.di-Mitglied Katrin Kluge, die bei Kaufland arbeitet. Die Ulmer Betriebsrätin habe seit einem Jahr rund 19 000 Unterschriften von Kaufland-Beschäftigten an 286 Standorten gesammelt.

Ziel ihrer Aktion sei es, dass die Handelskette der Belegschaft die volle steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von 3000 Euro auszahle. Die *Stuttgarter Zeitung* schreibt: „Ohne Angst vor negativen Konsequenzen verfolgt Kluge ihr Anliegen, weil sie dieses als ihr gutes Recht empfindet. Andere haben es aus Sorge vor Maßregelungen abge-

lehnt mitzumachen.“ Immerhin: Ihr direkter Chef habe ihr schon versichert, weiterhin gut mit ihr zusammenarbeiten zu wollen.

Plötzlich Gewerkschaft

Unter dem Titel „Plötzlich war sie die Gewerkschaft“ berichtet der *Südkurier* ebenfalls am 5. April über die Politikwissenschaftlerin Johanna Vogt, die im Qualitätsmanagement der Universität Konstanz arbeitet. Als sie 2013 an die Uni gekommen und in die Gewerkschaft eingetreten ist, sei zwei Jahre erstmal gar nichts passiert. Und das an einer Universität, die immerhin einer der größten Arbeitgeber in Konstanz ist. Vogt wollte es nicht glauben und rief bei ver.di an: „Gibt es da wirklich nichts?“ Die Antwort kam prompt: „Nein, aber schön, dass du jetzt da bist. Du bist jetzt die Gewerkschaft an der Uni.“ Vogt sagt: „Ich hätte auch Nein sagen können, aber dann bewegt sich ja nichts.“ So sieht's aus. *Petra Welzel*

Abkehr vom Kommerz

WELTGESUNDHEITSTAG – Europäische Gewerkschaften demonstrierten in Brüssel

(pm) „Gesundheit vor Markt – lasst uns Europa ändern“ forderten am 7. April Gewerkschafter*innen von ver.di und dem Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGöD). Anlässlich des Weltgesundheitsstags demonstrierten sie in Brüssel und forderten eine Abkehr von der Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung. Das diesjährige Motto des Tages „Recht auf Gesundheit“ bringe die hohe Bedeutung des Gesundheitswesens in der Daseinsvorsorge auf den Punkt, sagte ver.di-Bundesvorsandsmitglied Sylvia Bühler.

Denn Gesundheitsleistungen müssten allen Menschen zur Verfügung stehen, unabhängig von ihrem Einkommen. Dabei müsse es um eine bestmögliche Versorgung gehen, nicht um maximalen Gewinn. „Wenn in Deutschland kom-

merzielle Betreiber von einem Tag auf den anderen Pflegeheime schließen, weil ihre spekulativen Geschäftsmodelle platzen, wenn Abteilungen der Geburtshilfe schließen oder ganze Krankenhäuser Insolvenz anmelden müssen, weil sie sich nicht wirtschaftlich rentieren, dann sind das die Auswüchse einer falschen Gesundheitspolitik“, so die Gewerkschafterin. „Es darf nicht sein, dass Kliniken schließen müssen, noch bevor die anstehende Krankenhausreform überhaupt greifen kann und feststeht, welche Rolle die Häuser in der künftigen Versorgungslandschaft übernehmen sollen.“

Dabei verwies sie auch auf die Bedeutung der Europa-Wahl Anfang Juni für die Zukunft der Gesundheitsversorgung und der Sozialsysteme in Europa. „Wir stehen

vor einer Richtungsentscheidung: mehr Solidarität und sozialen Ausgleich oder Spaltung und soziale Polarisierung.“ Der EGöD-Generalsekretär Jan Willem Goudriaan erinnerte an die Corona-Pandemie. In dieser Zeit habe sich gezeigt, wie wichtig es sei, Gesundheitseinrichtungen angemessen zu finanzieren und personell gut auszustatten. „Doch die politisch Verantwortlichen haben diese Lektion offenbar schnell wieder vergessen. Weiterhin dominiert die Forderung nach Haushaltskürzungen, die auch den Gesundheitsbereich treffen.“ Besonders rechtspopulistische Parteien wollen die neoliberale Politik verschärfen und die Beschäftigten durch rassistische Hetze spalten: „Dagegen stehen Europas Gewerkschaften solidarisch zusammen.“

Gezielte Nothilfe

KRANKENHÄUSER – Lauterbach will Transparenzgesetz noch im April einbringen

(pm) Mitte März hat der Bundesrat einen Beschluss zum Krankenhaustransparenzgesetz gefasst. ver.di bekräftigte ihre Forderungen nach gezielten Soforthilfen für Kliniken. „Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat im Bundesrat selbst erklärt, dass das befürchtete unkontrollierte Krankenhaussterben begonnen hat. Es ist völlig unverständ-

lich und verantwortungslos, daraus nicht die nötigen Konsequenzen zu ziehen“, sagte ver.di-Bundesvorsandsmitglied Sylvia Bühler.

Krankenhäuser, die wegen der Preisexplosion gefährdet seien, müssten sofort mit einer gezielten Nothilfe stabilisiert werden. Die bisher geplanten Maßnahmen reichten dafür nicht aus. Bedarfsnotwendige

Kliniken dürften nicht aus rein wirtschaftlichen Gründen gezwungen sein, Fachabteilungen und Standorte zu schließen oder gar Insolvenz anzumelden. Bereits im April will Lauterbach das Gesetz zur Krankenhausreform ins Kabinett einbringen. Allerdings forderte Bühler, dass der Referentenentwurf noch deutlich weiterentwickelt werden müsse.

Problem wird anerkannt

WISSENSCHAFT – Reform des Zeitvertragsgesetzes muss nachgebessert werden

(pm) Das Bundesbildungsministerium hat erneut einen Entwurf für eine Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes vorgelegt. Allerdings bleibt er weit hinter dem zurück, was SPD, Grüne und FDP im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Gewerkschaften, Beschäftigten- und Studierendenvertretungen haben in einem breiten Bündnis ihre Forderungen für eine Reform des Gesetzes entwickelt und vorgelegt. Mit der Forderung nach einem TV Stud haben sie in den Tarifrunden des öffentlichen Dienstes bereits die Arbeitsbedingungen thematisiert.

„Unser großer Erfolg ist, dass wir eine Debatte angestoßen haben“, sagt Kristin Eichhorn in einem Interview mit dem ver.di-Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft auf **verdi.de**. Sie hat die Bewegung #IchBinHanna mit initiiert. Es gebe jetzt ein Bewusstsein dafür, dass das System verändert werden müsse. Auch viele Hochschulen sagten inzwischen, dass sie die Situation verbessern wollen. „Ob sie das auch wirklich tun, ist eine andere Frage. Doch die Rhetorik hat sich geändert, das Problem wird anerkannt“, so Eichhorn.

Dadurch seien die Betroffenen nicht mehr isoliert, könnten jetzt ihre Kritik offen äußern und bessere Bedingungen einfordern. Das Wichtigste ist: Die Stigmatisierung ist weg.

Ein erster Entwurf der Novelle vom Sommer 2023 wurde nach Kritik zurückgezogen. Allerdings enthält der jetzt vorgelegte Entwurf immer noch weite Teile seines Vorgängers. Daher fordern die Gewerkschaften deutliche Nachbesserungen, zum Beispiel ein Streichen der Tarifsperr für den Wissenschaftsbereich oder Dauerstellen für Daueraufgaben in Lehre und Forschung.



STATEMENTS

Demokratie schützen

Kolleg*innen am Rande der GR-Sitzung zur Kampagne: „Wir sagen zusammen Halt“

Marco Börger: „Wir sagen zusammen Halt, weil die einfachen Antworten nicht die besseren sind.“

Karin Meyer: „Wir sagen zusammen Halt, weil die AfD vor uns Queers nicht Halt machen wird.“

Andre Feind: „Wir sagen Halt, weil es gilt, die Demokratie zu schützen.“

Yusuf As: „Wir sagen Halt gegen soziale Ungerechtigkeit.“

Hajo Schneider: „Wir sagen Halt, weil ich keine Grenzen wiederhaben will. Ich komme vom Niederrhein und weiß noch, wie es war, als wir am Übergang zu Holland eine halbe Stunde warten mussten.“

Deborah Neuenfeld: „Wir sagen zusammen Halt, weil niemand in dieser Gesellschaft allein gelassen werden sollte.“

Jasmin Kchaou: „Wir sagen Halt zu Faschismus und rechter Propaganda, weil das die soziale Gerechtigkeit nicht stärkt, sondern verschlimmert.“

Andrea Schiele: „Wir sagen zusammen Halt, weil wir gleiche Rechte für alle wollen und brauchen.“

Olaf Harms: „Wir sagen Halt gegen den Ausschluss meiner Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund im Betrieb.“

verdi.de/zusammenhalt

(pm) Noch vor dem Grundgesetz wurde im April 1949 das Tarifvertragsgesetz verabschiedet. Gut einen Monat später wurde im Grundgesetz mit Artikel 9 Absatz 3 der Grundpfeiler für die Tarifautonomie der Bundesrepublik gelegt. Mit jährlich rund 6000 neu abgeschlossenen und gut 84 000 gültigen Tarifverträgen ist das Tarifvertragsgesetz für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in Deutschland von herausragender Bedeutung. Den 75. Geburtstag des Tarifvertragsgesetzes nimmt die Hans-Böckler-Stiftung deshalb zum Anlass für eine Bilanz und einen Blick nach vorne. Als Festredner der Veranstaltung in der DGB-Bundesverwaltung am 23. April wird Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, erwartet. Außerdem gibt es eine Diskussionsrunde mit der DGB-Vorsitzenden Yasmin Fahimi und dem Arbeitgeberpräsidenten Rainer Dulger. Gemeinsam mit Gästen aus Gewerkschaften, Politik, der Wirtschaft und Gesellschaft soll das Jubiläum feierlich begangen werden.

Schlichter legt Empfehlung vor

LUFTSICHERHEIT – Kommission stimmt dem Vorschlag einstimmig zu

(pm) In der laufenden Tarifrunde für die bundesweit rund 25000 Beschäftigten in der Luftsicherheit gibt es eine Schlichtungsempfehlung. Die Schlichtungskommission, die aus Vertreter*innen von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen besteht, hat ihr einstimmig zugestimmt.

Nach dreitägigen intensiven Schlichtungsverhandlungen konnte der Schlichter Hans-Henning Lühr eine Schlichtungsempfehlung vorlegen. Über deren Annahme oder Ablehnung befinden nun die zuständigen Gremien der Tarifvertragsparteien. Die Erklärungsfrist endet am 9. April, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der ver.di news.

Die Schlichtungsempfehlung sieht im Einzelnen unter anderem folgende Regelungen für den Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 15 Monaten bis zum 31. März 2025 vor: Die Stundenentgelte werden in der Entgeltgruppe I ab dem 1. Februar 2024 um 1,60 Euro, ab dem 1. September 2024 um weitere 0,75 Euro sowie ab dem 1. Januar 2025 um

weitere 0,35 Euro erhöht. In der Entgeltgruppe II werden die Stundenentgelte ab dem 1. April 2024 um 1,80 Euro, ab dem 1. September 2024 um weitere 0,75 Euro sowie ab dem 1. Januar 2025 um weitere 0,35 Euro erhöht; in der Entgeltgruppe III erfolgen zu denselben Zeitpunkten Erhöhungen von 1,60 Euro sowie von 0,75 Euro und 0,35 Euro. In der Entgeltgruppe IV werden die Stundenentgelte ab dem 1. April 2024 um 1,60 Euro sowie am 1. Januar 2025 um weitere 0,45 Euro erhöht; in der Entgeltgruppe V gibt es zu denselben Zeitpunkten Erhöhungen von 1,50 Euro sowie von 0,35 Euro.

Die Monatsentgelte für die operativ tätigen betrieblichen Angestellten (EG I) werden ab dem 1. April 2024 um 7,8 Prozent erhöht; ab dem 1. September erfolgt eine weitere Erhöhung von 3,4 Prozent und ab dem 1. Januar 2025 um weitere 1,5 Prozent.

Zudem sieht die Schlichtungsempfehlung vor, dass die Tarifverhandlungen über Mehrarbeit/Überstunden zum gegenwärtigen Zeit-

punkt ausgesetzt und die bisherigen Regelungen wieder in Kraft gesetzt werden; diese können frühestens zum 31. Dezember 2024 gekündigt werden.

ver.di-Verhandlungsführer Wolfgang Pieper zeigte sich zufrieden mit dem Erreichten: „Mit der Schlichtungsempfehlung konnten wir einen wesentlichen Punkt unserer Forderungen durchsetzen und den Kaufkraftverlust der Beschäftigten nachhaltig ausgleichen. Es ist auch gelungen, die vergleichbaren Tätigkeiten der Entgeltgruppe II und I weiter anzugleichen.“ Dies wäre ohne den starken Einsatz der Beschäftigten bei Streiks und Aktionen so nicht möglich gewesen. Er bedauerte jedoch, dass die Arbeitgeber sich weiterhin beharrlich weigerten, Mehrarbeitszuschläge ab der ersten Überstunde zu zahlen. Das sei ein Thema, dass vielen Kolleg*innen auf den Nägeln brenne. „Wir werden uns weiter für eine Bezahlung der Mehrarbeit ab der ersten Stunde einsetzen, und zwar schon am Ende dieses Jahres“, kündigte Pieper an.

T A R I F L I C H E S

POSTBANK/POSTBANK DIREKT – (pm) ver.di erhöht in der laufenden Tarifrunde bei der Postbank den Druck auf den Arbeitgeber. Am 9. und 10. April – nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der ver.di news – hat ver.di bundesweit nicht nur alle Backoffice-Einheiten zum Streik aufgerufen, sondern darüber hinaus auch die Callcenter (Postbank Direkt). Insgesamt wurden bis zu 12 000 Beschäftigte zum Streik aufgerufen. Mit der Intensivierung der Streiks zieht ver.di die Konsequenzen aus den sich bereits seit mehreren Wochen mit insgesamt drei Runden hinschleppenden Verhandlungen. ver.di fordert 15,5 Prozent, mindestens 600 Euro und die Verlängerung des Kündigungsschutzes bis zum 31. Dezember 2028 bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Dagegen bietet die Arbeitgeberseite lediglich eine Erhöhung von 6,4 Prozent bzw. mind. 250 Euro zum 1. Juni 2024, eine weitere Erhöhung um 2,0 Prozent

zum 1. Juli 2025 und eine Verlängerung des Kündigungsschutzes bis zum 31. Dezember 2026 bei einer Laufzeit von 29 Monaten. Die nächste Verhandlungsrunde soll am 16. April stattfinden.

LAND HESSEN – Für die Landesbeschäftigten in Hessen hat ver.di ein Tarifiergebnis erzielt. Der Inflationsausgleich in Höhe von insgesamt 3000 Euro wird in drei Teilen von je 1000 Euro zu Mai, Juli und November dieses Jahres ausgezahlt. Ab Februar 2025 gibt es dann einen Festbetrag in Höhe von 200 Euro. Zum 1. August 2025 steigen die Gehälter um 5,5 Prozent. Auszubildende und Praktikant*innen erhalten 100 Euro mehr zum 1. Februar und 50 Euro zum 1. August 2025. Die Jahressonderzahlung wird auf 90 Prozent eines Monatsgehalts für die Entgeltstufen 1 bis 8 erhöht und auf 60 Prozent eines Monatsgehalts für die Entgeltstufen 9 bis 16. Erstmals hat ver.di in Hessen eine Regelung

zur Ausweitung unbefristeter Beschäftigung an Hochschulen erreicht. Für studentische Hilfskräfte wurde in einer speziellen rechtlichen Vereinbarung unter anderem ein Mindeststundenentgelt von 13,46 Euro ab dem Sommersemester festgeschrieben.

DRUCKINDUSTRIE – Bis zur nächsten Verhandlungsrunde am 16. April hat ver.di die Beschäftigten der Druckindustrie zu ersten Warnstreiks aufgerufen. Hintergrund sind die bisherigen ergebnislosen ersten beiden Verhandlungsrunden für die circa 110 000 Beschäftigten der Druckindustrie. Die Beschäftigten in den Druckbetrieben fordern zwölf Prozent mehr Lohn und Gehalt. Die Arbeitgeberseite mit dem Bundesverband Druck und Medien (BVDM) hat in der zweiten Verhandlungsrunde gerade einmal 2,0 Prozent zum 1. Juni 2024 und weitere 1,0 Prozent zum 1. Juni 2025 angeboten.

Verstoß gegen Datenschutz

ZARA – Bei Filialschließung in Oldenburg blockiert Unternehmen die Mitbestimmung

(pm) Der Betriebsrat des Modegeschäfts Zara in Oldenburg kritisiert gemeinsam mit ver.di das Vorgehen des Konzerns bei der Schließung der Filiale in der Lange Straße. Zudem werfen die Arbeitnehmervertreter*innen dem Konzern Verstöße gegen den Datenschutz und gegen die betriebliche Mitbestimmung vor. „Vorher muss der Konzern zur lückenlosen Aufklärung der Datenschutzverstöße und der Verstöße gegen die betriebliche Mitbestimmung beitragen“, sagt ver.di-Sekretär André Belger.

Die Schließung trifft treue Mitarbeitende unverhältnismäßig hart, die sich über die Jahre hinweg der

Marke verschrieben haben und nun ohne ausreichende Unterstützung einen neuen Anfang finden müssen. Die Aufforderung, entweder einen Umzug nach Bremen in Kauf zu nehmen oder ihren Arbeitsplatz ohne die Zahlung einer Abfindung zu verlieren, ist aus Sicht der Gewerkschaft nicht hinnehmbar.

Die Aufräumarbeiten der Oldenburger Filiale haben auch eine Missachtung des Datenschutzes zutage gefördert. Es wurden gespeicherte Aufnahmen bis zurück zum Oktober 2023 gefunden. Vorgesehen ist eigentlich, dass die Aufnahmen nach 72 Stunden gelöscht wer-

den. Diese Verletzung der Privatsphäre zeugt von einem erschreckenden Mangel an Respekt vor der Würde und den Rechten der Angestellten.

Darüber hinaus blockiert Zara auch die betriebliche Mitbestimmung in der Oldenburger Filiale. Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht der Wunsch des Betriebsrats, eine Einigungsstelle zur Lösung von Meinungsverschiedenheiten einzurichten. Betriebsrat und Gewerkschaft fordern Zara auf, im Zusammenhang mit der bevorstehenden Schließung der Filiale mit Offenheit, Respekt und im Geiste der Kooperation zu agieren.



HEIKE LANGENBERG
IST DIE VERANTWORTLICHE
REDAKTEURIN DER
„VER.DI NEWS“

K O M M E N T A R

Wertschätzung sieht anders aus

Der Handel kommt nicht zur Ruhe. Seit nahezu einem Jahr laufen die regionalen Tarifverhandlungen, aber immer noch sind keine Ergebnisse in Sicht. Die Arbeitgeber weigern sich schlichtweg, die Arbeit ihrer Beschäftigten auch durch ausreichende Lohnerhöhungen und gute Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Auch beim Versandhändler Amazon drohen erneut Streiks. Denn hier kämpfen die Beschäftigten schon seit Jahren um einen Tarifvertrag. Ihr Einsatz hat dazu geführt, dass Amazon die Bedingungen verbessert hat, allerdings ohne das in einem Tarifvertrag festzuschreiben und damit für alle Beschäftigten verbindlich zu machen. Also kämpfen sie weiter. Lidl (siehe Seite 6) versucht, in einem Lager bei Herne die Mitbestimmungsrechte einzuschränken und im Betriebsrat engagierte Kolleg*innen zu diskreditieren. Und bei Zara werden langjährige Beschäftigte in Oldenburg vor die ‚Wahl‘ gestellt, in die über 60 Kilometer entfernte Filiale nach Bremen zu pendeln oder ohne Abfindung den Job zu verlieren. Das lassen sich die Beschäftigten nicht bieten. Gut, dass sie mit ver.di eine starke Gemeinschaft an ihrer Seite haben.

Ziemlich sportlich zu kurz

HAMBURGER HAFEN- UND LOGISTIK AG – Senat konnte wesentliche Bedenken noch nicht entkräften

(red.) Anfang April hat in Hamburg eine Senatsanhörung zum Teilverkauf der Hamburger Hafen- und Logistik AG (HHLA) an die Mediterranean Shipping Company (MSC) stattgefunden. ver.di-Landesbezirksleiterin Sandra Goldschmidt stellt anschließend fest, dass der Senat wesentliche Bedenken gegen diesen Deal noch immer nicht ausräumen konnte. Insbesondere die Sorge um die Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen im Hafen hätten eher zugenommen. Die 5-Jahres-Zusage zur Fortführung der Tarifverträge und zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen für die

HHLA-Beschäftigten seien bei weitem nicht ausreichend und würden zudem Tausende von Arbeitsplätzen, die mit der HHLA in Verbindung stehen, ignorieren, wie zum Beispiel beim Gesamthafenbetrieb (GHB).

Selbst die von der SPD als Expertin benannte Juristin Dörte Fouquet sei in der Sachverständigenanhörung Anfang März zu dem Schluss gekommen, dass die Fünfjahresfrist doch „ziemlich sportlich kurz zu sein“ scheine. Sie verwies dabei gleichzeitig auf das besondere „von diesem Unternehmen zu beachtende Gemeinwohl“.

Für Goldschmidt ist es erschreckend festzustellen, dass scheinbar selbst dem Senat die Bedeutung des Gesamthafenbetriebs für die Sicherung unbefristeter Arbeitsverhältnisse von gut 1000 Menschen im Hafen nicht klar ist. Sie wies darauf hin, dass die Stadt Hamburg eine besondere Verantwortung für diese Menschen trage, die als Arbeitskräfte für den Umschlagsbetrieb der HHLA essentiell sind. ver.di bekräftigt ihre von Anfang an formulierte Position, dass anstelle einer weiteren Teilprivatisierung der Rückkauf sämtlicher HHLA-Aktien die bessere Option wäre.

Zeichen der Solidarität

RETTUNGSKRÄFTE – Gewerkschaften rufen zu Demonstration in Frankfurt/Main auf

(pm) Unter dem Motto „Keine Gewalt gegen Rettungskräfte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst!“ rufen ver.di, die Gewerkschaft der Polizei und viele Unterstützer*innen aus allen Bereichen der Bevölkerung zu einem Demonstrationzug in Frankfurt am Main auf. Mit der Demonstration wollen sie allen Bürger*innen zeigen, dass es keine Gewalt gegen Rettungskräfte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst und der Polizei geben darf. Bereits im Jahr 2018 hatten sie zu einer

Demonstration mit dem Thema aufgerufen. Mittlerweile hat sich die Situation trotz vieler Bemühungen weiter verschlechtert.

Auch aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, von Hilfsorganisationen und der Polizei berichten Kolleg*innen, dass sie bereits Opfer von Übergriffen geworden sind. Daher wollen die Rettungskräfte und Beschäftigte mit der Demo ein Zeichen der Solidarität setzen.

Ein Zeichen wollen sie mit der Demo auch den Politiker*innen des

Landes senden. Sie sollen Rettungskräfte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst besser schützen und die Täter*innen härter bestrafen. Zudem geht es ihnen um eine faire Bezahlung ebenso wie bestmögliche Ausbildung und Ausstattung.

Der Demonstrationzug startet am 4. Mai um 10 Uhr am Allerheiligentor in Frankfurt am Main. Er führt durch einen Teil der Frankfurter Innenstadt und endet mit einer Abschlusskundgebung gegen 13 Uhr auf dem Frankfurter Paulsplatz.

AUCH DAS NOCH

Rückzahlungs-
forderung rechtens

(bsg) Die Deutsche Rentenversicherung Westfalen hat ab dem 1. Juli 2015 die Rente eines Mannes erstmalig um einen Abschlag aus dem Versorgungsausgleich verändert und von ihm eine Erstattung der überbezahlten Rente verlangt. Zu Recht, sagt das Bundessozialgericht (BSG) und hat eine Revision des Mannes abgewiesen. Nach Abänderung des Versorgungsausgleichs wird die Rente des Klägers nicht erst zu dem Zeitpunkt um einen Abschlag verändert, zu dem bei einer Rente aus der Versicherung der geschiedenen Ehefrau ein Zuschlag berücksichtigt wird. Dieses „Rentnerprivileg“ wurde zum 1. September 2009 abgeschafft, zeitgleich mit der Einführung des neuen Versorgungsausgleichsrechts. Der Kläger konnte sich dabei auch nicht auf die Übergangsvorschrift in § 268a Absatz 2 Sozialgesetzbuch VI stützen. Die Voraussetzung dafür sahen die Richter*innen des 5. Senats des BSG für nicht erfüllt an, weil der Kläger den Antrag auf Abänderung des Versorgungsausgleichs erst im Juni 2015 gestellt hat. Damit habe der Kläger selbst eine neue Rechtslage geschaffen, heißt es in einer Mitteilung des BSG zu dem Verfahren.

Aktenzeichen
B 5 R 7/22 R

Nachfragen unerwünscht

LIDL – Betriebsrat aus Herne bleibt oft nur der Gang vor Arbeitsgericht

(gg) Jahrelang lief der Arbeitsalltag im Lager Herne des Discounters Lidl ruhig und friedlich. Ungefähr 230 Beschäftigte, ihr siebenköpfiger Betriebsrat und der Betriebsleiter kamen gut miteinander aus. Damit ist seit 2022 Schluss. Betriebsräte und ver.di bekommen nur noch Gegenwind. Viele Konflikte müssen vor Gerichten ausgetragen werden.

Das neue raue Klima herrscht seit der Einsetzung eines neuen Betriebsleiters. Diesem eilte der Ruf voraus, von Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften wenig zu halten. Diese Haltung soll er an seinem vorherigen Arbeitsplatz im Lidl-Lager Kamp-Lintfort bereits an den Tag gelegt haben. 2022 wurde er offenbar in Herne als Mann fürs Grobe benötigt, da Lidl dort ein neues, erheblich größeres Lager baut. „Von Anfang an stellte der neue Chef klar, dass kritische Nachfragen zum Umzug weder vom Betriebsrat noch von der Gewerkschaft

erwünscht sind“, sagt Azad Tarhan, Sekretär für den Handel im ver.di-Bezirk Mittleres Ruhrgebiet.

Der Umzug geht mit gravierenden Veränderungen für die Beschäftigten einher. Doch als ver.di und der Betriebsrat über die möglichen Konsequenzen informiert haben, hieß es sogleich, „dass wir nur zündeln und Unruhe in den Betrieb brächten“, sagt Tarhan. Dabei sei die große Mehrheit der Belegschaft auf der Seite der Arbeitnehmervertretung und Gewerkschaft. Viele Beschäftigte kommen aus der Türkei, Ungarn, Russland und Polen und halten sich bei Betriebsversammlungen zurück. Umso lauter gebärde sich dort eine kleine Minderheit, aus Abteilungs- und Schichtleitern sowie einigen wenigen Kolleg*innen, die diesen direkt unterstellt sind.

Parallel dazu häufen sich die Unterstellungen gegen die Betriebsräte. So versuchte Lidl etwa, dem Be-

triebsratsvorsitzenden zu kündigen. Das Gremium stimmte aber nicht so, das Arbeitsgericht lehnte das Kündigungsbegehren jedoch Ende vergangenen Jahres ab. Aber Lidl geht in die nächste Instanz. Auch andere Betriebsratsmitglieder sind von Vorwürfen und Einschränkungen betroffen.

„Die Lage ist innerbetrieblich kaum noch aufzulösen“, sagt der ver.di-Sekretär. Deshalb haben er und der Betriebsrat sich Mitte Februar mit Mitgliedern aus dem Herne Stadtrat sowie einem Vertreter des Integrationsrates getroffen, um die Situation im Lidl-Lager zu schildern.

Azad Tarhan hat zudem auf Campaign eine Petition gestartet mit dem Titel: „Stoppt Union-Busting im Lidl Lager Herne – Kündigungen und Klagen gegen Betriebsräte zurücknehmen!“

Mehr dazu unter [kurzelinks.de/tsbt](https://www.kurzelinks.de/tsbt)

AKTUELLES URTEIL

ARBEITGEBER MUSS ZAHLEN – (bag) Die Corona-Pandemie hat zu verschiedenen Auswirkungen im Arbeitsleben geführt. Die rechtlich noch ungeklärten Fälle kommen jetzt erst so nach und nach in der höchsten Instanz an. So die Klage eines Produktionsmitarbeiters, der Ende 2021 an Corona erkrankt war. Für diese Zeit bescheinigte ihm sein Arzt die Arbeitsunfähigkeit. Zum Ende dieser Zeit erließ die Wohngemeinde eine Verfügung, nach der der Mann noch 14 Tage in Quarantäne verbringen musste. Für diese Zeit stellte ihm der Arzt keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung aus. Der Mediziner war der Ansicht, das positive Textergebnis und die Anordnung der Quarantäne seien ausreichend.

Daraufhin stellte der Arbeitgeber die Entgeltfortzahlung ein. Dem Erkrankten fehlten damit Ende des Monats rund 1000 Euro brutto. Das Geld wollte er vom Arbeitgeber einklagen. Das Arbeitsgericht hatte die Klage abgewiesen, das Landesarbeitsgericht Hamm hat die Zahlung durch den Arbeitgeber angeordnet.

Dessen Revision vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) blieb ohne Erfolg. Das Berufungsgericht habe zutreffend erkannt, dass der Kläger durch die Infektion an seiner Arbeitsleistung gehindert war, auch wenn er nicht durchgehend Symptome hatte. „Die SARS-CoV-2-Infektion stellt einen regelwidrigen Körperzustand und damit eine Krankheit dar, die zur Arbeitsunfähigkeit

geführt hat“, heißt es in einer Pressemitteilung des BAG dazu. Die Absonderungsanordnung sei keine eigenständige, parallele Ursache für Arbeitsunfähigkeit, vielmehr beruhe das daraus resultierende Tätigkeitsverbot gerade auf der Infektion. Auch die fehlende Schutzimpfung wollten die Gerichte nicht als Grund ansehen. Das Landesarbeitsgericht hatte argumentiert, die wöchentlichen Lageberichte des Robert-Koch-Instituts und dessen Einschätzung der Impfeffektivität ließen nicht den Schluss zu, dass Ende Dezember 2021/Anfang Januar 2022 die beim Kläger aufgetretene Corona-Infektion durch die Inanspruchnahme der Schutzimpfung hätte verhindert werden können.

Aktenzeichen 5 AZR 234/23

IMPRESSUM

ver.di news
ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR
HERAUSGEBER:
VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI,
FRANK WERNEKE, VORSITZENDER
CHEFREDAKTION:
PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG
(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING,
FANNY SCHMOLKE, RITA SCHUHMACHER
VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:
DATAGRAPHIS, WIESBADEN
INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN
CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,
PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,
TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012
VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE
HINWEIS: DIE AUSGABE 6 ERSCHEINT
AM 27. APRIL 2024
verdi.de

Politik mitgestalten

MIGRANT*INNEN – Motor für Vielfalt und Dynamik auf dem Arbeitsmarkt

(rs) In der Zeit einer erstarkenden Rechten, von Remigrationsplänen der AfD, einem Arbeits- und Fachkräftemangel sowie der anstehenden Europawahl stehen die Themen Migration und Integration mehr denn je im gesellschaftlichen Fokus. Der Bundesmigrationsausschuss von ver.di bot jüngst bei einer Veranstaltung einen tiefgreifenden Einblick in die komplexen Herausforderungen und Chancen, die mit der Integration von Migrant*innen in den deutschen Arbeitsmarkt verbunden sind. Dabei ging es auch um grundlegende Fragen zur politischen Partizipation.

Rebecca Liebig, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, sagte, dass es in Deutschland ohne Migrant*innen schlecht aussehen würde. Sie

seien nicht nur Arbeitnehmer*innen sondern häufig auch Arbeitgeber*innen. Und dennoch gebe es einen signifikanten Gehalts-Gap zwischen deutschen und nicht-deutschen Arbeitnehmer*innen. Trotz gleicher Qualifikationen und ähnlicher Tätigkeiten erhielten Migrant*innen oft ein niedrigeres Einkommen.

Charlotte Johnson, Vorsitzende des ver.di-Landesmigrationsausschusses Bayern und Sprecherin des Arbeitskreises Migrantinnen des Bundesmigrationsausschusses, fügte hinzu, dass Migrantinnen sogar noch stärker diskriminiert werden als Migranten, eine zusätzliche Dimension der Ungleichheit. Wie also können wir als Gewerkschaft sicherstellen, dass die Arbeit von Migrant*innen sich im Gehalt wider-

spiegelt und in der breiten Öffentlichkeit Anerkennung finden? Als eines der größten Hindernisse für die volle Integration von Migrant*innen identifizierten die Teilnehmenden die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und Abschlüsse. Sie müsste verbessert und beschleunigt werden.

Die Teilnehmenden haben zudem das kommunale Wahlrecht als wesentlichen Bestandteil einer erfolgreichen gesellschaftlichen Integration erkannt. „Dort, wo der Mensch arbeitet und wohnt, will er auch Politik mitgestalten können“, forderte Liebig. Das würde ihre Bindung an die lokale Gemeinschaft stärken und ihre Stimme in der Gestaltung der Gesellschaft, in der sie leben und arbeiten, legitimieren.

Friedliches Miteinander

Gerechte Bezahlung

„Gewerkschaften können das Problem thematisieren, darüber aufklären, durch Tarifverträge sicherstellen, dass die Entgeltgleichheit verankert wird und sie könne darauf hinwirken, durch ihre Mitglieder in Personal- und Betriebsräten in jedem Betrieb auf eine gerechte Bezahlung insbesondere für Migrantinnen und Menschen mit Migrationshintergrund zu achten.“

**Ayse Teskin,
Mitglied im Arbeitskreis Migrantinnen.**

Buntes Deutschland

„Bei vielen bundesweiten Demonstrationen der vergangenen Wochen gingen tausende von Mitbürger*innen für Demokratie auf die Straße und setzten somit ein klares Zeichen für Demokratie und ein buntes Deutschland. Dies müssen wir als Chance nutzen, um über das rassistische Gedankengut gegenüber Migrant*innen, queeren Menschen, ja und auch über das frauenfeindliche Bild der AfD mit Argumenten, welche deutlich aus deren Parteiprogramm hervorgehen, die Menschen überzeugen, dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung und keine Einschränkung von Rechten deutscher Mitbürger*innen ist, sondern der Demokratie und dem friedlichen Miteinander jedem schadet.“

**Charly Johnson,
Vorsitzende ver.di Landesmigration Bayern und Sprecherin des Arbeitskreises Migrantinnen des Bundesmigrationsausschusses**

Mit uns ist mehr drin

1. MAI 2024 – Aufruf der DGB-Gewerkschaften zum Tag der Arbeit



Unsere Antwort heißt Solidarität!

Wir Gewerkschaften sorgen dafür, dass sich die Menschen den vielen Umbrüchen unserer Zeit nicht schutzlos ausgeliefert fühlen müssen. Gemeinsam mit 5,7 Millionen Gewerkschafter*innen im DGB kämpfen wir jeden Tag für die Rechte der Beschäftigten. Dass sich im vergangenen Jahr 437 000 neue Kolleg*innen unserem Kampf angeschlossen haben, gibt uns Rückenwind – gerade, wenn wieder unsägliche Rufe nach einem neuen Streikrecht laut werden. Unsere Antwort heißt Solidarität. Nur so lassen sich Arbeitsrechte erkämpfen.

Tarifwende jetzt!

Immer mehr Arbeitgeber stehlen sich aus ihrer sozialen Verantwortung. Deshalb brauchen wir jetzt eine Tarifwende. Gemeinsam machen wir uns für eine höhere Tarifbindung stark. Denn sie bringt viele Vorteile – mehr Geld, bessere Ar-

beitsbedingungen, sichere Zukunftsaussichten, mehr Lebensqualität. Mit Tarifvertrag ist einfach mehr drin: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.

Mehr Sicherheit durch einen gerechten Wandel!

Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitswelt werden klimaneutral und digital. Unsere Aufgabe ist es, den Wandel sozial gerecht zu gestalten. Dafür brauchen wir mehr Mitbestimmung, denn Transformation gelingt nicht ohne die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften. Wir sorgen dafür, dass den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnet werden: durch Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung. Wir passen auf, dass die Lasten gerecht verteilt werden. Wir machen aus technischem Wandel sozialen Fortschritt.

Mehr Sicherheit durch einen aktiven Staat!

Der Staat muss endlich wieder handlungsfähig werden. Jeder Euro, der jetzt richtig investiert wird, führt morgen zu mehr Wohlstand. Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse und muss dringend reformiert werden. Und der Sozialstaat muss verlässlich bleiben. Bei

Krankheit, im Alter, bei Arbeitslosigkeit: Beschäftigte brauchen ein starkes Sicherheitsnetz in der Arbeitswelt. Das gilt gerade jetzt.

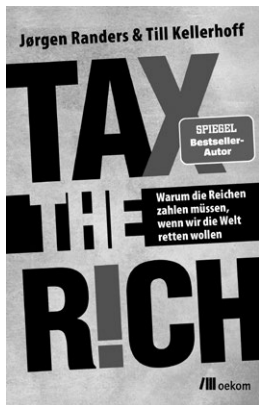
Gemeinsam für eine starke Demokratie!

Die Lösung für die aktuellen Herausforderungen liegt im Miteinander und nicht in Hass und Spaltung. Wir werden die Demokratie verteidigen – in den Betrieben, an den Werkbänken und Schreibtischen und auf der Straße. Mit den Betriebs- und Personalräten gestalten wir Demokratie vor Ort. Im Wahljahr 2024 kommt es auf uns alle an. Klar ist: Die Rassisten und Rechtspopulisten vertreten nicht die Interessen der Beschäftigten. Gute Löhne, sichere Arbeit, Arbeitnehmerrechte, bezahlbare Wohnungen, gute Bildung und Sicherheit im Alter – von der AfD haben Beschäftigte nichts zu erwarten. Wir sagen: Wählt Zukunft, wählt demokratisch!

Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Dafür kämpfen wir – am 1. Mai und an jedem anderen Tag im Jahr.

Mit uns ist mehr drin: Mehr Lohn, mehr Freizeit, mehr Sicherheit.

t1p.de/verdi_Erster_Mai



JØRGEN RANDERS,
TILL KELLERHOFF: **TAX
THE RICH. WARUM DIE
REICHEN ZAHLEN
MÜSSEN, WENN WIR
DIE WELT RETTEN
WOLLEN**, ÜBERSETZT VON
HANS-PETER REMMLER,
OEKOM-VERLAG,
MÜNCHEN, 112 SEITEN,
14 EURO,
ISBN 978-3987260674

Lebensgrundlagen retten

BUCHTIPP – *Höhere Steuern für Reiche finanzieren Folgen des Klimawandels*

Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, eine gerechtere Besteuerung auch von hohen Einkommen – all das fordert ver.di schon seit Jahren. Denn die Daseinsvorsorge ist unterfinanziert, angeblich weil dem Staat das Geld fehlt. Dabei ist es vorhanden. Till Kellerhoff und Jørgen Randers legen jetzt auf 112 Seiten dar, warum es auch für die Bewältigung des Klimawandels wichtig ist, nicht auf diese Einnahmen zu verzichten.

Denn neue Heizungen, Windräder und Batterien müssen bezahlt

werden. Und die Diskussionen über entsprechende Gesetze zum Klimawandel allein hier in Deutschland zeigen, wie groß die Ängste in der Bevölkerung sind, mit den Kosten dieser Maßnahmen finanziell überfordert zu werden. „Eine stärkere Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften wirkt nicht nur der enormen Ungleichheit in unserer Gesellschaft entgegen, sondern ermöglicht uns auch das wichtigste Projekt dieses Zeitalters: Die Rettung unserer Lebensgrundlagen“, heißt es in dem Buch.

Die beiden Autoren legen kurz und knapp die wichtigsten Argumente für ihre Forderung nach einer Besteuerung der Reichen – Tax the Rich – dar. Denn der Handlungsbedarf ist dringlich. Doch so lange es günstiger ist, fossile Brennstoffe zu nutzen, müssen Anreize geschaffen werden, auf klimafreundliche Energien umzusteigen bzw. weniger Energie zu verbrauchen. Damit sind allerdings Kosten verbunden.

Hinzu kommt, so weisen die beiden Autoren nach, dass die oberen zehn Prozent der Weltbevölkerung nach Einkommen mehr als 50 Prozent der CO₂-Emissionen verantworten. Daher wäre es eine weitere Frage der Gerechtigkeit, sie auch stärker zur Finanzierung von deren Folgen heranzuziehen. „Die soziale

Krise droht zu entgleisen“, fürchten sie.

Sie beschreiben die Situation, ihr Entstehen und ihre Folgen sehr komprimiert, aber dennoch gut nachvollziehbar und verständlich. Damit liefern die Autoren viele Argumente in der aktuellen Situation und gehen auch auf die Finanzierung von Zu-

kunftstechnologien über Kredite ein. „Wir leben in einem von Menschen geschaffenen System. Und Menschen können es verändern. In der Vergangenheit haben wir oft genug bewiesen, dass wir unsere Strukturen neuen Bedingungen anpassen können. Wir müssen nur damit anfangen“, ist ihr Fazit. *Heike Langenberg*

NACHRUF

Margrit „Maggi“ Wendt ist Anfang April gestorben. Sie war von 2002 bis 2007 ehrenamtliche Vorsitzende des ver.di-Gewerkschaftsrats. In dieser Funktion eröffnete sie die ver.di-Bundeskongresse 2003 und auch 2007 in Leipzig. Sie hat die Jahre des Aufbaus und des Zusammenfindens in ver.di mitgeprägt. Zudem war sie Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats und des Konzernbetriebsrats der Deutschen Post.

Als Bundesfrauenausschussvorsitzende und Mitglied im Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft hatte sie die Frauenquote in der DPG maßgeblich mitgestaltet. Gewerkschaftliche Frauenarbeit war ihr ein Herzensanliegen. Auch in ver.di hat sie für verbindliche Satzungsrechte und eine starke Repräsentanz von Kolleginnen gestritten.

Kurz vor seinem Eintritt in den Ruhestand ist der Kollege **Markus Klemt** Mitte März verstorben. Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende in der Druckbranche wechselte 1999 in die Hauptamtlichkeit. Die Bereiche Kunst und Medien sowie Handel zählten zu seinem Aufgabengebieten bei ver.di, von 2002 bis 2006 war er stellvertretender Geschäftsführer des Bezirks Schwarzwald Bodensee. „Getragen von einer tiefen inneren Überzeugung, gegen Benachteiligung und Ungerechtigkeiten sozial schlechter gestellter Menschen vorzugehen, hat er sich stets gekümmert und sein Privatleben oft zurückgestellt“, heißt es in einem Nachruf des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg.

Bedrohung

„Jetzt sind unsere Lebensretter in Not, denn die überlangen Wochenarbeitszeiten von 48 Stunden bedrohen den kommunalen Rettungsdienst als Ganzes.“

ver.di-Gewerkschaftssekretär Tim Bergmann in der Ahlener Zeitung